



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0846890

P/XIII/6 - 8. Januar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Von der "brutalen Gewalt" zur "Entzerrung" Zu Professor Erhards Beschwichtigungsversuchen	31
2	Brandt beim sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin Ein bemerkenswerter Besuch	38
3 - 4	Pankows "gesamtdeutscher Sportverkehr" ein Fiasko Sportler-Delegationen nicht "Linientreu"	67
5 - 6	Afrikanische Impressionen* (II) Von Heinz Kühn, MdB.	114. 115
7	Nichts Neues bei der CDU ? MdB. Keilen soll sich verantworten	21

* * * * *

Von der "brutalen Gewalt" zur "Entzerrung"

sp- Wenn Bundeswirtschaftsminister Erhard Reden hält oder Artikel schreibt, muss man sich besonders in acht nehmen. Wollte er noch vor einigen Monaten die Preise mit "brutaler Gewalt" halten - eine Ankündigung, der keine Taten folgten - so streichelt er jetzt den Bundesbürger mit Santpfötchen, um ihn zart darauf vorzubereiten, dass die Regierung, deren Vizekanzler er ist, kein Mittel zur Eindämmung der Preissteigerungen hat und ausserdem noch mehr Geld braucht. Der Bundesbürger soll eine "massvolle Haltung bewahren" und sich nicht von jenen irreführenden lassen, die Nachrichten über die Erhöhung des Brotpreises "geflissentlich schüren". Damit besagter Bürger aber trotzdem die Illusion behält, sein Wirtschaftswunder-Minister könne und werde etwas gegen die Preissteigerungen tun, spricht Erhard jetzt von "Preis-entzerrungen", die er einzuliten gedenke. Welch schönes Wort! Man sieht förmlich, wie der Herr Wirtschaftsminister an den Preisen herumzerzt. Diesmal ohne die früher angekündigte "brutale Gewalt".

Die von Erhard jetzt eingeleitete Vernebelungskampagne soll von der Tatsache ablenken, dass die Bundesregierung seit Jahr und Tag jeder Preissteigerung macht- und tatenlos gegenübergestanden hat. Die früher oft mit Erfolg vertretene Auffassung, an den Preissteigerungen seien zu hohe Löhne schuld, zieht nicht mehr, seitdem besonders auch die Hausfrauen festgestellt haben, dass die Preise immer vor dem Inhalt der Lohnlöhnen ihrer Männer in die Höhe kletterten.

Dabei spürt doch jeder, dass die Preisentwicklung in direktem Zusammenhang mit der Aufrüstungspolitik der Bundesregierung und den hierfür erforderlichen Milliarden steht. Um diesen Tatbestand zu verschleiern, wird das Vokabularium der Regierungssprecher auf das Niveau des Wortschatzes gebracht, der schon immer herhalten musste, wenn ein Staat sich an den Rüstungswettlauf mit anderen Staaten beteiligen wollte.

Manchmal fragt man sich wirklich, was in der Bundesrepublik noch geschehen muss, damit etwas geschieht...

Brandt beim sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin

sp- Danels, bei der Wahl Willy Brandts zum Regierenden Bürgermeister von Westberlin, fiel es schon auf: zu den Gratulanten, die Brandt ihre Aufmerksamkeit machten, gehörte, sehr zum Verdruss der Ulbricht-Leute - auch der sowjetische Stadtkommandant von Berlin, General Tschamow. Was an sich selbstverständlich sein sollte, war es nicht. Bei den Vorgängern Willy Brandts fehlte die russische Gratulation. Das eisige Klima, hervorgerufen durch die Berliner Blockade und der Verschärfung des Kalten Krieges, gestattete nicht solche Selbstverständlichkeiten.

Nun wird der Regierende von Berlin am kommenden Freitag den sowjetischen Stadtkommandanten, General Tschamow, in seiner Residenz in Karlshorst besuchen. Wer Willy Brandt kennt, darf wohl ruhig annehmen, dass es nicht bei einer blossen Höflichkeitsgeste bleiben dürfte. Sicherlich wird er versuchen, die drückenden Sorgen Westberlins an der Stelle, an der es angebracht ist, bei der vierten Besatzungsmacht, direkt anzusprechen. Diese Sorgen umfassen ein umfangreiches Bündel. Da gibt es die sporadisch auftretenden Verkehrsschwierigkeiten zwischen Ost- und West-Berlin, da gibt es die willkürliche Behinderung in der Wahl des Arbeitsplatzes, die fortwährende Provokation der Unmöglichkeit, zwischen den beiden Sektoren zu telefonieren, da gibt es das schikanöse, bei den Mitteldeutschen soviel Empörung auslösende Passgesetz. Nach dem Sinne seiner Urheber sollen nicht nur die Reisen von Bewohnern Mitteldeutschlands nach Westdeutschland auf ein Mindestmass herabgedrückt werden, sogar der Besuch von Ostberlin, das unter der Ausstrahlungskraft Westberlins liegt, ist den Herren von Pankow nicht angenehm. Sie möchten ihn gänzlich zum Erliegen bringen ohne Rücksicht auf die dadurch hervorgerufene Verbitterung. Pankow spricht zwar sehr viel von der deutschen Einheit, es lässt ganze Propagandasalven los, aber selbst tut es alles, um die letzten Brücken eines gesamtdeutschen Zusammenhaltes zu zerstören.

Man muss mit den Mächtigen, mit denen wir als Deutsche zu leben und die über unser Schicksal mitzuentcheiden haben, sprechen und mit ihnen verhandeln. Für das zweigeteilte Berlin ist es der sowjetische Stadtkommandant. Insofern fehlt dem Besuch Willy Brandts der Charakter des Sensationellen, er entspricht Berliner Notwendigkeiten! Aus dem Verlauf und der Atmosphäre dieser Begegnung zwischen dem Regierenden und dem sowjetrussischen General wird man allerdings auch einen Gradmesser zu erkennen vermögen, inwieweit die vierte Besatzungsmacht bereit ist, auf die Ulbricht-Leute massig einzuwirken.

Pankows "gesamtdeutscher Sportverkehr" ein Fiasko

E.Z. - Berlin

Die seit Ende 1957 bedrohlich verschärfte innerpolitische Situation in der Sowjetzone hat ihren Ausdruck nach aussen darin gefunden, dass das Pankower Regime seit dem Erlass des veränderten Passgesetzes praktisch dazu übergegangen ist, Westreisen von Zonenbürgern fast gänzlich zu unterbinden oder nur noch in Ausnahmefällen zuzulassen. Kurz vor dem Weihnachtsfest war es zum Beispiel auf dem Polizeipräsidium in Dresden zu turbulenten Szenen gekommen, als Dresdener Bürger den Bescheid erhielten, man könne ihnen selbst dann keine Westreise-Genehmigung erteilen, wenn sie engste Verwandte, die nicht republikflüchtig seien, besuchen wollten, da es allein ihre und die Schuld ihrer westdeutschen Verwandten sei, wenn die Einheit Deutschlands bisher noch nicht wiederhergestellt werden konnte.

Der für das Pankower Regime aus Gründen der politischen Selbsterhaltung notwendig gewordene Zwang zu einer verschärften Unterbindung der menschlichen Kontakte zwischen Ost und West scheint jetzt aber auch politische Absichten und Pläne der SED-Führung zu durchkreuzen, die zum Zwecke der kommunistischen Infiltrierung Westdeutschlands bisher von Pankow forciert worden waren. Was bisher als "gesamtdeutscher Sportverkehr" von Ostberlin in jeder Weise unterstützt worden war, soweit man damit die Pankower Propaganda-Absichten gegenüber dem Westen realisieren zu können glaubte, ist jetzt offensichtlich auch für die SED-Funktionäre zu einem fragwürdigen Unternehmen geworden. Pankow musste nämlich in zunehmender Masse feststellen, dass selbst nach politischen Gesichtspunkten sorgfältig arrangierte Sportler-Delegationen bei Besuchen in Westdeutschland in das "Lager des Klassenfeindes und der Imperialisten" übergehen.

Aus Veröffentlichungen in SED-Zeitungen muss geschlossen werden, dass Pankow früher oder später sich gezwungen sehen wird, den für die SED immer gefährlicher gewordenen "Sportverkehr" mit Westdeutschland weiter zu drosseln, weil alle Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen der SED eine menschliche und politisch für die Gäste aus der Zone auf-

klärende Begegnung mit den westdeutschen Sportlern nicht verhindern können.

Umso grösser ist die Wut der SED, wenn selbst bisher für linientreu oder wenigstens unanfällig gehaltene Sportmannschaften der Zone in Westdeutschland Ulbrichts "Arbeiter- und Bauernstaat" als das blossstellen, was er in Wirklichkeit ist: Als Diktatur-Regime. Die Magdeburger SED-Zeitung musste dieser Tage das Eingeständnis machen, dass die Westreise von zwei der besten Sportmannschaften des Bezirke, des BSG TuS "Empor" und der BSG "Fortschritt" B u r g , zu einem völligen Fiasko für die politischen Infiltrierungsabsichten Pankows geworden ist. Unter der Überschrift "Verraten und verkauft" klagt die SED-Zeitung die Sportler der Industriestadt Burg an, sie hätten sich bei ihren Besuchen in Westdeutschland "als arme Ostzonenbewohner bedauern lassen und hätten durch ihr ganzes Auftreten "die gemeinen Verleumdungen gegenüber der DDR unterstützt und damit ihr Gewissen als Sportler der DDR für einige Gläser Bier verkauft". Wörtlich heisst es: "Die Fussballer von Burg haben sich auf die Position des Klassegegners begeben. Durch ihr Verhalten haben sie die faschistischen Elemente in Westdeutschland ermuntert. Damit hat ihre Reise nach Westdeutschland genau zum Gegenteil beigetragen, was sich unsere demokratische Sportbewegung als Ziel des gesamtdeutschen Sportverkehrs gestellt hat, die Herstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage".

Selbstverständlich kann die Anklage der SED gegen die Burger Sportler nicht davon Abstand nehmen, gleichzeitig auch die in Westdeutschland für den "gesamtdeutschen Sportverkehr" Verantwortlichen als "Kriegstreiber" zu brandmarken, die - so heisst es - die westliche Politik der Aufweichung der DDR auch auf den Sport ausdehnten. Die politische Schlussfolgerung, die die SED aus diesen für das Pankower Regime peinlichen Vorkommnissen zieht, ist in ihrer Formulierung so aggressiv, dass daraus auf bevorstehende, neue Massnahmen geschlossen werden muss. Das öffentliche Eingeständnis der SED über das Scheitern ihrer Infiltrationspläne auf sportlichem Gebiet entspringt zweifelsohne der Erkenntnis, dass auch die ausgesuchtesten Sportmannschaften nicht mehr ohne politisches Risiko nach dem Westen entsandt werden können, selbst wenn jedem dieser Sportler ein linientreuer Aufpasser mitgegeben wird.

Afrikanische Impressionen (II)

Von Heinz Kühn, MdB

Es war der Sozialist Defferre, der als Minister für das überseeische Frankreich - unter der Regierung Guy Mollet - mit dem "Loi-Cadre" ein Rahmengesetz zu grösserer afrikanischer Selbstverwaltung geschaffen hat. Danach sind am 31. März 1957 in den acht halbautonomen Territorien (Senegal, Mauretania, Sudan, Guinea, Elfenbeinküste, Obervolta, Dahomey, Niger), die zu "Französisch-Westafrika" und in den vier (Gabun, Mittel-Congo, Ubangi-Schari, Tschad), die zu "Französisch-Äquatorialafrika" in Gestalt einer losen Föderation, einer "Gruppe von Territorien", zusammengeschlossen sind, auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts parlamentarische Versammlungen gewählt worden. Jede dieser Territorialversammlungen (eine Art Landtag also) bildet einen Conseil de gouvernement, einen Regierungsrat aus etwa zwölf Ministern und entsendet fünf Mitglieder in die zentrale Versammlung, den "Grand Conseil", (eine Art Mischung aus Bundesrat und Bundestag), für Westafrika in Dakar, für Äquatorialafrika in Brazzaville.

Die deutschen Vergleichsbezeichnungen dürfen keine Illusionen hinsichtlich des Souveränitätsgrades dieser parlamentsähnlichen Einrichtungen auslösen: es handelt sich eher um Beratungs- als Entscheidungsgremien, die noch dazu unter einem Vorsitz, - der schon mehr eine Direktion ist - von Gouverneuren (in den Territorien) und von hohen Kommissaren (in den Territorial-Gruppen) als höchsten französischen Regierungsbeamten stehen. Die entscheidenden Befugnisse bleiben in den Händen von Paris.

Dennoch würde es nicht gerecht sein, wenn man bestreiten wollte, dass das Loi-cadre einen bedeutsamen Schritt vorwärts darstellt auf jenem Wege vom Kolonialismus weg und zur Selbstentscheidung hin, der im Jahre 1944 auf der Konferenz von Brazzaville unter dem Druck des Krieges begann.

"Afrikanische Franzosen"? - Utopie und Wirklichkeit

Damals wurde die Formel von der "Union Francaise" geprägt und die Vision einer schwarz-weißen Koexistenz, auf der Basis der Gleichberechtigung, in der afrikanischen Elite geweckt. Ja, es war mehr als Koexistenz, es war die völlige Gemeinschaft einer Gleichheit der staatsbürgerlichen und sozialen Rechte zwischen den "weißen Franzosen" und den "schwarzen Franzosen". Es bedarf keines mit politischer Röntgenkraft ausgestatteten Blicks, um bereits im Oberflächenbild des afrikanischen politischen Lebens zu erkennen, wie sehr es sich dabei noch um Vision handelt.

Die afrikanische Führungsaufgabe, die sich Frankreich zuschreibt, hat sein Hoher Kommissar in Dakar ideologisch begründet, als er von der Rolle Frankreichs sprach als Katalysator zwischen Europa, dem es angehöre, und Afrika, dem es seine Sprache und Kultur gebracht und dem es eine administrative und eine politische Organisation gegeben habe, "die den deutlichen Stempel Frankreichs trägt."

Die Hoffnung, dass dies so bleibe, mag Frankreich auf zwei Tatsachen stützen, die von nicht zu unterschätzendem Gewicht sind, Da ist erstens das Erbe der grossen französischen Revolution, das in dem

8. Januar 1958

"heiligen Dreiklang" Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit eine Lösung gefunden hat, die zwar für die soziale Wirklichkeit im Mutterland ebensovienig wie für die koloniale Praxis in Übersee bestimmend wurde, die aber immerhin den kolonialen Rassismus verhinderte und es z.B. ermöglichte, dass bereits 1848, wenn also auch in einer revolutionären Periode, im Senegal ein schwarzer Abgeordneter in die Pariser Kammer gewählt wurde.

Und da ist zweitens die Rolle der französischen Sprache, die in einem Gebiet, fünfzehnmal so gross wie Frankreich, das einzige durch Schule und Militärdienst bis in die Urwaldhöfen getragene allgemeine Verständigungsmittel ist. Wie im Parlament von Delhi Englisch, so spricht man im Grand Conseil von Dakar und Brazzaville Französisch, nicht weil es Paris will, sondern weil die 240 sehr verschiedenen afrikanischen Sprachen und Dialekte die Parlamentarier der Territorien ebenso dazu zwingen, wenn sie sich untereinander verständigen wollen, wie den Arbeiter aus Niger, der in Gao ein Mädchen freit. Aber während in den indischen Schulen Hindi als Schulsprache die Volkssprache von morgen wird, hält Frankreich von der Universität bis zum Kindergarten Afrikas an Französisch als dem Zement der "Union Française" fest. Dass die meisten afrikanischen Politiker und territorialen Kultusminister dies zu begrüssen scheinen, entkräftet jedoch nicht das Fragezeichen, das der Beobachter empfindet, der sich Senghors, des bekannten afrikanischen Professors und Parteiführers, Worte über die Negersprachen und den "Reichtum der verlorenen Kulturen Afrikas" erinnert.

"Français africains", afrikanische Franzosen? Ist dies, in die Zukunft gesehen, mehr als eine Wunschvorstellung in Paris?

Zwischen Kolonialismus und Emanzipation

Niemand wird glauben dürfen, dass das Loi-cadre, mag es auch einen grossen Fortschritt darstellen, die Ambitionen der afrikanischen Selbstbestimmung in die Absichten einer französischen Kolonialpolitik, sei sie auch noch so gemässigt, kanalisieren kann. Binsichtsvolle Politiker in Paris wissen dies, so wie der Übersee-Minister Jaquet, auch er Sozialist, der das Loi-cadre als eine "Etappe" bezeichnete oder der Hohe Kommissar von Dakar, Cusin, der Frankreichs Rolle so formuliert: "Treuhand der Völker, die zu emanzipieren es sich verpflichtet habe."

Aber der versteckte und zähe Widerstand in der weissen Verwaltung der afrikanischen Gebiete gegen eine fortschrittliche Politik muss gross sein, wenn sogar ein so gemässiger afrikanischer Politiker wie Boganda, der Präsident des Grand Conseil von Brazzaville, dramatisch rief: "Wir brauchen Männer für das Loi-cadre!" Und der damit Anklage erhob gegen die nach wie vor kolonialistisch denkenden Kräfte, "diejenigen, die nicht das äquatoriale Frankreich schaffen wollen." Diese denunzierten nach altem Rezept seinen Protest als "Schrei der Revolte", worauf Boganda antwortete: "Ein Revoltierender, der seine Leiden hinaus schreit, ist weniger gefährlich als ein Volk in der Rebellion." Es sei seine "Pflicht, als Franzose", zu sprechen.

Wer in solchen Vokabeln "als Franzose" vom "äquatorialen Frankreich" spricht, gehört nicht zu den Radikalen. Bogandas westafrikanischer

Kollege, Gabriel d'Arboussier, der Präsident des Grand Conseil von Dakar, auch er kein Radikaler, spricht nur von der "französisch-afrikanischen Gemeinschaft" und von der "tiefverwurzelten Verbindung zwischen dem französischen Volk und den überseeischen Völkern". Äussert sich auch hierin der Entwicklungsunterschied zwischen West- und Äquatorialafrika, der uns so häufig begegnete? Im Süden sind die Ambitionen der afrikanischen Politiker noch viel mehr auf innere Selbstverwaltung als auf nationale Selbstbestimmung gerichtet, ein Stadium, das nach dem Urteil französischer Beobachter Algerien vor dreissig Jahren durchlaufen hat. "Ich will hier kein Algerien!" Gewiss sind die Verhältnisse in Schwarz-Afrika so unvergleichbar verschieden von jenen nördlich der Sahara, dass dieser Ausruf Bogandas eher von der Emotion als von der Gefahr bestimmt ist. Und gewiss haben wir zahlreiche fähige und aufrichtig um die afrikanische Emanzipation bemühte Franzosen kennengelernt. Aber Paris muss Bogandas Forderung ernst nehmen: "Mit aller Dringlichkeit entkolonisieren!" Sonst ist es keineswegs sicher, dass sich der Optimismus Houphouët-Boigny, des afrikanisch-französischen Ministers, Herausforderung an Nkrumah, den Präsidenten Ghanas, erfüllt: "Ihr habt die Freiheit gewählt. Wir ziehen die Verbindung mit Frankreich vor. (endez-vous in zehn Jahren". (Wird fortgesetzt)

+ + +

Nichts Neues bei der CDU ?

JFW. - Der CDU-Abgeordnete Peter Nellens, dessen verantwortungsvolle, von Sorge um Konsequenzen einer erstarrten Westpolitik erfüllten Äusserungen vor der Pariser NATO-Konferenz bei allen wachen Deutschen noch in bester Erinnerung sind, scheint Schwierigkeiten mit seiner Partei zu bekommen. Wie dpa meldete, soll er zur Rechenschaft gezogen werden, weil er in den "Blättern für deutsche und internationale Politik" für ein politisches Arrangement mit der Sowjet-Union eintrat und es auf die Dauer als "unpolitisch, unfruchtbar und gefährlich" bezeichnete, die USA als entscheidenden Führungs-Stabilisierungs- und Sicherheits-Faktor in Europa fixieren zu wollen.

Mit diesen Gedanken steht der Abgeordnete Nellens nicht allein. Sie werden von den besten Köpfen in Deutschland und - wie der Verlauf der NATO-Konferenz und die Entwicklung in den Wochen seither beweisen - in Europa und in der ganzen Welt vertreten. Will man das in der CDU nicht wissen? Wenn dort tatsächlich der parteiamtliche Bannstrahl gegen Nellens geschleudert wird, dann bleibt nur die Schlussfolgerung:

Die CDU ist weiterhin für den Kalten Krieg;

die CDU will Deutschlands und Europas Politik für alle Zeiten von Amerika führen lassen.

Will die CDU tatsächlich durch Nellens Verurteilung ein solches Bekenntnis ihrer Sterilität ablegen?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel